

**AP1-060**

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Koi Katha Blaeser, Lena Cornelissen, René Adiyaman

**Titel:** **AP1-060: Diese Welt muss unsere sein -  
Arbeitsprogramm 2024**

---

## Antragstext

### Von Zeile 59 bis 63:

Gewalt. FINTA\* arbeiten zu fast 1/4 im Niedriglohnsektor, an jedem dritten Tag geschieht in Deutschland ein ~~Femizid, queerfeindliche~~ Feminizid, queer/LGBTQIANP+feindliche Gewalt nimmt zu. Beim Sommercamp wollen wir uns gemeinsam fragen, woher das Patriarchat überhaupt kommt, wie es mit verschiedenen -ismen zusammenhängt, warum es eigentlich ein konstruiertes gesellschaftliches System aus nur zwei Geschlechtern gibt und vor allem, wie wir da endlich rauskommen.

## Begründung

Der Begriff "Feminizid" verweist darauf, dass Frauen getötet werden, weil sie Frauen sind, und auf die Untätigkeiten von Staaten, die diese Gewalt zulassen. Nicht alle Menschen, die sich theoretisch als queer identifizieren könnten, tun das auch. Das kann beispielsweise an schlechten Erfahrungen in der Community liegen, daran dass mensch "queer" als Schimpfwort kennengelernt hat oder an anderen Gründen. Manche können sich aber in LGBTQIANP+ wiederfinden. Daher ist "queer/LGBTQIANP+" eine Lösung, in der sich mehr Menschen wiederfinden können und angesprochen fühlen.

Das Patriarchat, -ismen (z.B. **Klassismus**, **Sexismus**, **Ableismus**, **Mentalismus**, **Lookismus**, **Healthismus**, **Ageismus**, **Adultismus**, **Rassismus**, **Antisemitismus**,

Gadje-Rassismus, Sizeismus, Dick\_fettfeindlichkeit, Queer/LGBTQIANP+feindlichkeit, Misogynie, Hurenfeindlichkeit...) und das konstruierte binäre Geschlechtersystem hängen eng zusammen, beeinflussen sich und bauen teils aufeinander auf. Deshalb ist bei der Frage, wie das Patriarchat überwunden werden kann, unabdingbar, auch -ismen zu betrachten und wo Zusammenhänge sind.

AP1-226

## Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Koi Katha Blaeser, Lena Cornelissen, René Adiyaman

**Titel:** **AP1-226: Diese Welt muss unsere sein -  
Arbeitsprogramm 2024**

---

### Antragstext

#### Von Zeile 226 bis 230:

~~Im nächsten Jahr wollen wir weiter daran arbeiten, Hürden für Menschen mit~~  
Im nächsten Jahr wollen wir weiter daran arbeiten, Hürden für Menschen mit  
Behinderung und chronischen Erkrankungen im Verband zu benennen  
und abzubauen. Dazu wollen wir die Option, sich für hybride Workshops bei  
Landesmitgliederversammlungen anzumelden, beibehalten und ausbauen. Ziel ist es,  
das Angebot an hybriden Workshops auszubauen, damit alle Mitglieder die Chance  
haben am Bildungsprogramm teilzunehmen. Daran werden wir weiterhin arbeiten. Auch  
die Feedbackrunde für Menschen mit Behinderung nach der LMV möchten wir  
beibehalten, um diese weiterhin so barrierearm wie

#### Von Zeile 232 bis 235:

Zudem wollen wir weiterhin über die Monatsmail nach Personen suchen, die  
ehrenamtlich wichtige Texte der GJ NRW in ~~leichte~~ Leichte Sprache, Einfache Sprache  
oder Fremdsprachen übersetzen möchten. Bei unseren Social-Media-Posts wollen wir  
weiterhin und konsequent eine auskömmliche Bildbeschreibung zur Verfügung stellen.  
Auch wollen wir den Themenbereich

### **Von Zeile 242 bis 243 einfügen:**

ziehen, können wir im Rahmen unserer personellen und finanziellen Kapazitäten weitere wichtige Schritte gehen.

Inklusion, Barrierefreiheit und Ableismus gehen uns alle an. Damit wir als GJ NRW für Inklusion und Barrierefreiheit und gegen Ableismus eintreten können, muss entsprechendes Wissen vorhanden sein. Deshalb wird es im kommenden Jahr, in Zusammenarbeit mit dem AK für Inklusion und gegen Ableismus, einen Aktionstag für Inklusion und Barrierefreiheit geben.

### **Begründung**

Ein hybrider Workshop pro LMV ist ein Fortschritt, aber Ziel muss sein, dass alle Bildungsangebote hybrid zugänglich sind. Umfassende Teilhabe muss weiter Ziel der GJ NRW bleiben, damit Menschen nicht vom Verbandsleben, von Mitarbeit und Mitbestimmung ausgeschlossen werden.

Im Sinne von Barrierefreiheit sind Bildbeschreibungen wichtig. Diese müssen konsequent angefertigt werden und den Inhalt der Medien auskömmlich wiedergeben.

Dazu Ungerechtigkeit und Diskriminierung abzubauen, gehört auch sie überhaupt benennen zu können. Damit das möglich ist, damit Wissen um Inklusion, Barrierefreiheit und Ableismus im Verband und auch in unseren Ortsgruppen ankommen, braucht es entsprechende Aufklärung. Dazu soll es analog zum FINTA\* Fördertag und dem antirassistischen Aktionstag auch einen Aktionstag für Inklusion und Barrierefreiheit geben. Für die Gestaltung kann auf das Wissen und die Kompetenzen des AK für Inklusion und gegen Ableismus zurückgegriffen werden.

Leichte Sprache ist eine Sprache mit klaren Regeln, die Menschen meistens in einer Weiterbildung oder im Studium lernen. Bei Einfacher Sprache orientieren wir uns dagegen an Richtlinien, um so einfach und so gut verständlich wie möglich zu schreiben. Das lässt sich mit Übung erlernen.

Ob ein Text in Leichter Sprache ist oder nicht, muss durch Expert\*innen (Menschen mit Lernschwierigkeiten) getestet werden. Das ist bei Einfacher Sprache nicht üblich / notwendig.

**AK1-015**

## **Verschiedene Anträge**

---

**Initiator\*innen:** Jana Hellmann (Sprecherin GJ Herford)

**Titel:** **AK1-015: Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND  
NRW**

---

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 14 bis 16:**

GRÜNE JUGEND Aachen (Städteregion Aachen, Kreis Düren)

GRÜNE JUGEND Bielefeld (~~Bielefeld, Kreis Lippe~~)(Bielefeld)

GRÜNE JUGEND Bochum (Bochum, Gelsenkirchen, Herne, Ennepe-Ruhr-Kreis)

#### **Von Zeile 25 bis 27:**

GRÜNE JUGEND Gütersloh (Kreis Gütersloh)

GRÜNE JUGEND Herford (Kreis ~~Herford~~)(Herford, Kreis Lippe)

GRÜNE JUGEND Höxter (Kreis Höxter)

### **Begründung**

Kreis Lippe sollte der GJ Herford aus geografischen Gründen zugeordnet werden.

V2-020

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Steve Amoo

**Titel:** **V2-020: Studentische Beschäftigte verdienen mehr: TVStud jetzt!**

---

## Antragstext

**Von Zeile 19 bis 20 einfügen:**

oder bedroht, es ist ein Skandal, dass eine studentische Beschäftigung oftmals nicht ausreicht, um ein Studium sorgenfrei zu ermöglichen.

Neben fairer Bezahlung und geregelten Arbeitsverhältnissen fordern studentische Beschäftigte seit Ewigkeiten mehr Mitbestimmung in Verwaltung und Organisation. Bis heute spricht das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) studentischen Hilfskräften als einer von wenigen Gruppen [1] das Recht auf einen vollwertigen Personalrat und organisationelle Mitbestimmung ab. Zwar finden sich in den universitären Strukturen bereits gesonderte SHK-Räte, diese sind aber zahnlose Tiger. Sie sind optional und haben weitaus weniger Rechte als vollwertige, gesetzlich garantierte Personalvertretungen anderer Beschäftigtengruppen an Universitäten und Hochschulen. Das ist eine systematische Blockade der studentischen Mitbestimmung, die seit 1974 besteht und dringend abgeschafft gehört.

## Begründung

[1] = LPVG §5 Abs. 4a)

Der gesamte Aspekt "studentische Mitbestimmung", der auch in den Forderungen von TV Stud steht, fehlte bis jetzt. Ich würde vorschlagen, diesen zu ergänzen.

V2-024

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Steve Amoo

**Titel:** **V2-024: Studentische Beschäftigte verdienen mehr: TVStud jetzt!**

---

## Antragstext

**Von Zeile 23 bis 25 einfügen:**

studentisch Beschäftigten und kämpfen mit ihnen für mehr Lohn, Sicherheit statt Kettenbefristungen und gerechte Arbeitsbedingungen. Finanzminister Optendrenk (CDU) ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalens und zuständig für die Positionierung NRWs im Arbeitgeberverband auf Bundesebene. Unsere Aufgabe ist es, die Grünen, die gemeinsam mit der Union einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben, jetzt in die Verantwortung zu nehmen! Strukturelle Verbesserungen sind nur über eine Tarifierung zu erreichen. Studentische Beschäftigte stellen die einzige Beschäftigtengruppe an den Universitäten dar, die davon bis jetzt ausgeschlossen ist. Es braucht einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen.

## Begründung

Ich finde es wichtig, herauszustellen, wie dreist es ist, dass nur studentische Beschäftigte ausgenommen sind von der tariflichen Regelung für universitäre Beschäftigte. Grund dafür ist, dass diese oft ganz andere Motive haben als die Universitätsleitungen, die oft nur auf Profit und Renomme aus sind. Studentische Beschäftigte sind unter den am meisten ausgebeuteten Arbeitskräfte an den Universitäten und Hochschulen und werden systematisch von fairer Bezahlung

ferngehalten - unter anderem, weil sie so viele sind. Union und Grüne hätten die Macht, dies sofort zu ändern.



**V2-033**

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Steve Amoo

**Titel:** **V2-033: Studentische Beschäftigte verdienen mehr: TVStud jetzt!**

---

## Antragstext

**Von Zeile 32 bis 33 einfügen:**

die Straße! Gemeinsam für gerechte Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft, Bildungsgerechtigkeit und eine ausreichende Finanzierung der Universitäten.

## Wir fordern:

1. Schluss mit der Kettenbefristung! Es braucht eine Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten [2].
2. Studentische Mitbestimmung stärken! Studentische Hilfskräfte benötigen eine eigene Personalvertretung (die auch tatsächlich Mitspracherechte hat) in Organisation und Verwaltung der Universitäten und Hochschulen.
3. Faire Bezahlung - jetzt! Studentische Hilfskräfte verdienen es, für ihre Arbeit anständig entlohnt zu werden. Gehälter, die knapp über dem Mindestlohn liegen, werden diesem Anspruch nicht gerecht!

## **Begründung**

[2] Die explizite Forderung nach 24 Monaten als Mindestvertragslaufzeit entstammt der Forderungsbefragung auf Bundesebene unter den Mitgliedern des Bündnisses.

V3-045

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Grüne Jugend Duisburg (dort beschlossen am: 06.11.2023)

**Titel:** V3-045: NRW spart sich kaputt

## Antragstext

Von Zeile 44 bis 46 einfügen:

Infrastruktur investieren. Aber auch hier ist klar, es wird nicht ausreichen. Deswegen soll kurzfristig die Schuldenbremse ausgesetzt werden, dafür kann die Ausnahmeregelung, wie in der Landeshaushaltsordnung festgeschrieben, mit Begründung der Klimakrise und der sozialen Krise als außergewöhnliche Notsituation, genutzt werden. Denn diese Krisen lassen ein Sparen nicht mehr zu. Dabei darf es aber nicht bleiben. Die Schuldenbremse hier in NRW und im Bund blockiert die notwendigen Investitionen, als Relikt aus vergangener Zeit gehört sie abgeschafft!

## Begründung

erfolgt mündlich

V4-008

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 07.11.2023)

**Titel:** V4-008: Ableistische Gewalt

## Antragstext

**In Zeile 8:**

~~Gewalt in (Totalen) Institutionen~~

Gewalt im Alltag von Menschen mit Behinderung

**Von Zeile 11 bis 13:**

arbeiten in Werkstätten.

Diese ~~abgeschotteten Räume~~ Räume, in denen behinderte Menschen einen sehr großen Teil ihres Lebens verbringen, erlauben kaum Kontakt zur Außenwelt. Diese sogenannten "Totalen Institutionen" werden oft als "Schon- und Schutzraum" dargestellt.

Das entspricht nicht der Realität.

V4-069

# Verschiedene Anträge

---

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 07.11.2023)

**Titel:** V4-069: Ableistische Gewalt

## Antragstext

### Von Zeile 68 bis 70:

um behinderte Menschen.

Dabei sind behinderte Menschen, ganz besonders ~~FLINTA\*~~FINTA\* Personen (Frauen/inter/ nichtbinäre/ trans/ agender) und ~~BIPeG,~~migrantisiert Personen. sehr stark von (sexualisierter) Gewalt betroffen.

V4-096

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 07.08.2023)

**Titel:** V4-096: Ableistische Gewalt

## Antragstext

**Von Zeile 96 bis 98:**

~~Geschlechts-spezifische, ableistische, rassistische, klassistische und queer/LGBTQIANP+feindliche Gewalt muss auch als solche erfasst werden (z.B. in der Statistik des Bundeskriminalamtes).~~

Gewalt gegen Menschen mit Behinderung muss genau wie andere diskriminierende Gewalt auch als solche erfasst werden (z.B. als Kriminalitätslagebild in NRW).

V4-134

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 07.11.2023)

**Titel:** V4-134: Ableistische Gewalt

## Antragstext

### Von Zeile 134 bis 142:

~~Zu Verbesserungen gehören auch verpflichtende Schulungen der Polizei zu Themen wie Rassismus, Ableismus, Queer/LGBTQIANP+feindlichkeit, Klassismus & Co. Sie müssen lernen, dass sie dicke, chronisch kranke und psychisch kranke Menschen nicht auf dem Bauch fixieren dürfen. Sie müssen lernen, dass viele behinderte und neurodivergente Menschen anders kommunizieren.~~

~~Außerdem müssen Taser verboten werden. Ihnen muss klar sein, dass auch Pfefferspray zum Tod und bei psychisch kranken Menschen zu Panikattacken oder aggressivem Verhalten führen kann.~~

Zu einem ersten Schritt gehören auch verpflichtende Schulungen der Polizei zu verschiedenen Diskriminierungsformen. Wichtig ist dort über Verhalten und Reaktionen auf Stress und Ausnahmesituationen abseits des Normverhaltens zu informieren. Diese Schulungen müssen in regelmäßigen Abständen angeboten werden, die

### Von Zeile 144 bis 145 einfügen:

unabhängige Expert\*innen einbezieht und die Schulungsinhalte regelmäßig überprüft und überarbeitet.

Den Einsatz von Pfefferspray verurteilen wir gerade bei psychisch kranken Menschen kann der Einsatz zu Panik bis hin zum Tod führen. Klar für uns ist auch, dass Taser und jegliche Fixierungen sofort verboten werden müssen. Die Landesregierung ist in der

Pflicht, allen voran Herbert Reul als Innenminister, für ein Ende der Polizeigewalt zu sorgen.

**V6-001**

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2023)

**Titel:** **V6-001: Basisdemokratie zurückgewinnen -  
Landesmitgliederversammlung stärken!**

---

## Titel

### Ändern in:

Für einen starken Verband der Vielen

## Antragstext

Wir sind ein feministischer, antirassistischer und linker Jugendverband. In der GRÜNEN JUGEND NRW sind viele Menschen auf vielen Ebenen aktiv. Unser Anspruch ist es, dass alle einen guten Platz finden können, an dem politische Wirksamkeit erfahrbar ist. Unverzichtbar ist deswegen eine gute und transparente Information, wann welche Ämter gewählt werden, wann welche Teams gewählt und besetzt werden und an welchen Orten in der GRÜNEN JUGEND Verantwortung übernommen werden kann.

Grundvoraussetzung ist, dass alle Mitglieder sich ermutigt fühlen, für die verschiedenen Ämter zu kandidieren und sich ausreichend informiert fühlen. Völlig klar ist, dass alle Menschen sich auf alle Ämter bewerben können. Doch das allein reicht nicht. Vor allem FINTA\* Personen und migrantisierte Menschen kandidieren häufig nicht einfach so mal auf ein Amt. Es braucht Förderprogramme, die Menschen langfristig dazu ermächtigt in der GRÜNEN JUGEND Verantwortung zu übernehmen. Denn gerade junge Menschen, migrantisierte Menschen und FINTA\* Personen werden oftmals in Ämter gedrängt weil noch jemand gesucht wird. Dem wollen wir entgegen wirken, denn politische Wirksamkeit entsteht nicht durch Überforderung, sondern durch Empowerment. Deswegen werden wir auch im nächsten Jahr einen Fördertag für migrantisierte Menschen anbieten. Dazu



wird es einen Fördertag für FINTA\* Personen geben. Hinzu kommen zahlreiche Teams auf Landesebene, wo mit weniger zeitlichem Aufwand und ohne Verantwortung für Mitarbeitende politisch gewirkt werden kann.

Doch Förderung kann nicht nur auf Landesebene stattfinden. Der Ort, wo die meisten Mitglieder aktiv werden und politisch arbeiten, sind die Kreisverbände. Im Rahmen der Kreisverbandsstrategie wollen wir die Kreisverbände bei einer guten Förderung vor Ort unterstützen. Es wird hierfür Kreisvorstände-Landesvorstandstreffen, Ämterrunden und Treffen für strukturschwache Kreisverbände geben. Diese wollen wir noch stärker für eine gute Förderung der Kreisverbände nutzen und Vorstände dazu befähigen, alle Mitglieder einzubinden und zu fördern. Dafür werden wir auch das neue Handbuch für Geschlechterstrategie nutzen und verbreiten und weiter an der Umsetzung der antirassistischen Verbandsstrategie arbeiten.

### **Verbandsdemokratie stärken**

Grundpfeiler der politischen Arbeit in der GRÜNEN JUGEND NRW ist, dass alle an der Ausrichtung von unserem Verband teilhaben können. Verbandsdemokratie bedeutet Demokratie auf jeder Ebene, die politische Debatte auf der Ebene der Kreisverbände oder auch eine Diskussion über verschiedene Konzepte im Rahmen von Versammlungen oder Workshops gehören zu unsere Identität. In einem Verband mit mehreren tausend Mitgliedern ist das eine Herausforderung. Deswegen sind die Kreisverbände essenziell, Vorstände sind in der Verantwortung die großen Landesmitgliederversammlungen vor Ort vorzubereiten. Denn für eine echte demokratische Entscheidung über Anträge, das Arbeitsprogramm und vieles mehr ist es wichtig dass sich alle schon vor der Mitgliederversammlung Gedanken über die gestellten Anträge machen. Das ist für neue Menschen, für junge Menschen, aber auch für die Menschen, die keinen akademischen Hintergrund haben ein guter Einstieg, um an der politischen Arbeit auf Landesebene teilzuhaben. Um das zu unterstützen werden wir auch im nächsten Jahr vor beiden Landesmitgliederversammlungen Vorprogramme in den Kreisverbänden durchführen, um die Mitgliederversammlung inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten. Über die Umsetzung der genannten Maßnahmen berichtet der Landesvorstand im Rahmen des Rechenschaftsberichts.

### **Begründung**

Es ist wichtig, dass wir als Verband kontinuierlich an uns arbeiten. Für eine lebendige Verbandsdemokratie ist es natürlich wichtig, dass alle wissen, welche

Ämter gewählt werden. Deswegen begrüßen wir die Forderung aus dem Antrag V6. Doch da dürfen wir nicht stehen bleiben. Vor allem FINTA\* Personen und migrantisierte Mitglieder kandidieren nicht einfach so auf Posten in der GRÜNEN JUGEND, nur weil darauf hingewiesen wurde, dass eine Wahl stattfindet. Es bedarf langfristiger Förderung und Ermächtigung.

Neben den Personenwahlen ist die Debatte über Anträge der wichtigste Teil unserer Verbandsdemokratie. In einem Antrag, der die Demokratie in der GRÜNEN JUGEND als solches stärken soll, kann diese deswegen nicht fehlen. Auch hier läuft vieles nicht perfekt. Wir sind gewachsen, aber unsere Strukturen nicht mit uns.

Deswegen beschäftigen wir uns in dem Antrag auch mit Debatten in Kreisverbänden und mit der Entscheidungsfindung auf LMVen.

Bei Rückfragen spricht gerne den Landesvorstand an!

**V6-007**

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Julian Pannen, Ole Schillmüller, Helena Jamal, Dario Meysing

**Titel:** **V6-007: Basisdemokratie zurückgewinnen -  
Landesmitgliederversammlung stärken!**

---

## Antragstext

**Von Zeile 6 bis 8 einfügen:**

schaffen. Das gilt insbesondere auch für Posten im Vorstand der Grünen Jugend NRW. Der Landesvorstand legt dabei einen besonderen Fokus auf das Empowerment von FINTA\* und BiPoc Personen, auf Vorstandsposten zu kandidieren, sowie das Miteinbeziehen strukturschwacher Kreisverbände. Die LMV beauftragt den Vorstand weiterhin, bis zur nächsten Landesmitgliederversammlung [Frühjahr 2024] ein Konzept vorzustellen, wie in der

## Begründung

"Basisdemokratie ist für uns keine leere Floskel, Basisdemokratie ist eine politische Einstellung, die wir leben wollen." - das steht wörtlich in unserem Selbstverständnis als GRÜNE JUGEND.

Leider fehlt der Globalalternative V6 - 001 der **zentrale Punkt**, dass der nächste Landesvorstand ein Konzept vorstellt, welches enthält, dass **umfangreich und aktiv für alle Posten, insbesondere Vorstandsämter**, innerhalb **der Grünen Jugend NRW** geworben wird.

Die Transparenz und Information zum Zustandekommen von Wahlen ist durchgehend gegeben. Der Landesverband lädt zeitnah ein und veranstaltet Vorprogramme jeglicher Art, um die Kreisverbände und Mitglieder des Verbands

über den Ablauf der Landesmitgliederversammlung zu informieren. Daher sollte der Fokus nicht auf einem Informationsfluss liegen, sondern drauf, konkrete Partizipationsangebote für alle im Verband zu schaffen.

Wir begrüßen die Ergänzung, dass der Fokus dabei auf FINTA\* und BiPoc Personen liegen sollte und haben dies gerne als Änderungsantrag in unserem Antrag ergänzt, halten die globale Alternative V6 - 001 aber für keine ausreichende Alternative.

Bei Rückfragen spricht uns gerne an! :)

**V8-001**

# Verschiedene Anträge

---

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2023)

**Titel:** **V8-001: Psychotherapie für marginalisierte Gruppen**

---

## Antragstext

In Deutschland und auch in NRW eine Psychotherapie zu machen ist alles andere als leicht. Einen Platz zu bekommen ist nicht nur mit viel Arbeit, sondern oftmals auch mit extrem langen Wartezeiten verbunden. 22 Wochen ist die durchschnittliche Wartezeit für einen Platz. Eine lange Zeit für Menschen mit akutem Bedarf, eine Zeit, in der sich Probleme verschlimmern, in der Menschen keine Hilfe angeboten wird. Und selbst wenn man einen Platz bekommen hat, ist ein Wechsel, weil die Therapeut\*in nicht zu einem passt, mit hohem Aufwand verbunden.

## Psychotherapie niedrigschwellig und für alle zugänglich machen

Besonders schwierig ist es für marginalisierte Menschen einen Platz zu bekommen. Die queere junge Frau, die dringend auf der Suche ist, weil ihre Eltern ihre Identität nicht akzeptieren. Der Familienvater mit Autismus, der in seiner Jugend keine Diagnose erhalten hat oder die migrantisierte trans\* Person, die kaum eine Chance hat, ihre diskriminierende Erfahrung mit Behörden zu verarbeiten - sie alle und viele Menschen bekommen nur schwer einen Platz. Doch für uns als GRÜNE JUGEND NRW ist ganz klar, dass das nicht so bleiben kann.

Es muss genügend Therapieplätze geben, diese müssen gut zu erreichen sein und niedrigschwellig zugänglich sein. Für Menschen mit einer Gehbehinderung ist ein

Therapieplatz oft schon alleine wegen Treppen nicht zu erreichen, dieser Missstand muss der Vergangenheit angehören, genauso wie Therapeut\*innen unter anderem auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten ausgebildet sein müssen. Einen Platz zu finden, wenn man deutsch nicht beherrscht oder in Gebärdensprache kommuniziert, ist fast unmöglich. Wir finden, dass darf nicht so bleiben. Eine Therapie muss in jeder Sprache möglich sein, denn nur so kann jedem Menschen das nötige Hilfsangebot gemacht werden. Gerade für trans\* Menschen ist es unabdingbar, dass eine gute medizinische und therapeutische Versorgung sichergestellt ist, dafür braucht es spezialisierte Praxen und zwar erreichbar für alle!

## **Systemische Probleme erfordern systemische Lösungen!**

Wir haben einen großen Mangel an Therapeut\*innen, das liegt nicht zuletzt an den hohen Hürden für eine Ausbildung. Noch bis vor kurzem waren mehrere zehntausend Euro nötig, um überhaupt eine Ausbildung machen zu können. Doch auch wenn das nicht mehr der Fall ist, ist die Vergütung für Psychotherapeut\*innen in Ausbildung mit 1000 Euro viel zu niedrig. Verbunden mit einem langen Studium kommen so knapp 10 Jahre zusammen bis Studium und Ausbildung um sind. Die lange Dauer verbunden mit einem sehr hohen NC und dem mickrigen Gehalt verhindert, dass alle Menschen diesem Job nachgehen können.

Dieses ungerechte System und die viel zu geringe Anzahl an Studien- und Ausbildungsplätzen sorgt für einen dramatischen Mangel an Therapeut\*innen. Der massive Ausbau und der Abbau der Hürden ist ein absolutes Muss!

Doch bei der reinen Quantität dürfen wir nicht stehen bleiben, wir müssen auch auf die Qualität gucken. Viele Menschen, die Therapie in Anspruch nehmen, erfahren Diskriminierung, obwohl sie ja eigentlich auf Hilfe hoffen. Im schlimmsten Fall verschlimmert sich der psychische Zustand, anstatt besser zu werden. Bei Fällen von Diskriminierung müssen sich Betroffene schnell und unkompliziert an entsprechende Hilfestellen wenden können. Diskriminierung hat auch in einer Therapie keinen Platz. Wichtig ist es deswegen im Studium und in der Ausbildung auf vielfältige Lebensrealitäten vorzubereiten und dafür zu sorgen, dass Menschen statt Diskriminierung echte Hilfe und Solidarität erfahren.

# Ein Therapieplatz darf nie vom Geldbeutel abhängen!

Als GRÜNE JUGEND NRW setzten wir uns für eine tatsächliche Verbesserung ein. Dafür müssen nicht nur Studium und Ausbildung überarbeitet werden, es braucht deutlich mehr Zulassungen für ambulante Therapeut\*innen. Doch auch für Menschen, die keinen festen Platz haben, braucht es Notfall-Plätze für eine akute Hilfe.

Um allen Patient\*innen und Therapeut\*innen gerecht zu werden muss dringend eine Abkehr vom oftmals starren System her, indem kaum Anpassung an die Bedürfnisse möglich ist. Ob online Therapie oder ein flexibler Zeitplan, all das sollte Normalität sein. Dazu gehört auch, dass Patient\*innen entscheiden sollen, wie lange sie eine Therapie in Anspruch nehmen wollen. Niemand darf alleine gelassen werden. Eine Therapie darf nie vom Geldbeutel abhängen, deswegen gehört die Sperre, die momentan nach einer gewissen Anzahl von Therapiestunden verhängt wird, sofort abgeschafft. Krankenkassen müssen endlich den wahren Bedarf zahlen.

Auch niedrigschwellige Angebote mit Menschen, denen es ähnlich geht oder durch soziale Arbeit können oft helfen. Dafür müssen die entsprechenden Träger ausfinanziert sein und über genügend Räumlichkeiten verfügen. Hier liegt es auch an den Kommunen, für diese wichtigen Strukturen zu sorgen.

## Das muss es uns wert sein!

Unser System ist kaputtgespart, diskriminiert reihenweise Menschen und gehört vollständig geändert. Dafür braucht es vor allem eins: Mehr Geld. Ob für den barrierefreien Umbau oder für eine bessere Bezahlung für Therapeut\*innen in Ausbildung, überall braucht es eine materielle Verbesserung. Dafür kämpfen wir als GRÜNE JUGEND NRW!

### **Begründung**

Wir begrüßen sehr, dass das Thema Psychotherapien im Rahmen eines V-Antrages für die Landesmitgliederversammlung eingebracht wird. Die allermeisten Forderungen im original Antrag finden wir total richtig und gut. Deswegen unterscheidet sich die Globalalternative im Inhalt kaum vom V-Antrag, abgesehen von einigen klarer formulierten Forderungen. Allerdings sind im ursprünglichen Antrag extrem viele Fachbegriffe und Abkürzungen vorhanden, die deswegen mit einem Glossar erklärt werden müssen. Als GRÜNE JUGEND NRW ist es unser

Anspruch, dass alle Menschen Anträge verstehen können, egal ob Neumitglied, Menschen ohne akademischen Hintergrund oder ewig dabei. Unsere Anträge sollen keine Hürde darstellen, sie sollen klar und verständlich sein, sodass alle Mitglieder die Chance haben, zu wissen, worüber sie abstimmen. Hinzu kommt eine sehr große Länge des Antrags, die eine ordentliche Befassung erschwert. Es ist aber möglich alle Inhalte in einen kürzeren Text zu schreiben. Genau das versucht diese Globalalternative, sie ist deutlich kürzer und sehr verständlich und benutzt im Vergleich zum ursprünglichen Antrag weniger Fachbegriffe. Als GRÜNE JUGEND NRW wollen wir zugänglich und verständlich für alle Menschen arbeiten, wir wollen Hürden abbauen und Entscheidungsfindungen für alle ermöglichen.